

(A) **Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**  
Das Wort hat die Kollegin Dr. Gesine Lötzsch.

**Dr. Gesine Lötzsch** (fraktionslos):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Gäste, ich bin Abgeordnete der PDS.

Die „taz“ titelte am Dienstag im Bezug auf die SPD sehr zutreffend: „Wahlverlierer in Siegerlaune“. Ein bisschen empfinde ich auch diese Debatte so. Sie, meine Damen und Herren von der SPD, tun so, als hätten Sie die Gemeinden aus ihrer Finanznot gerettet. Es müsste Ihnen doch aufgefallen sein, dass die Vertreter der Kommunen die von der Bundesregierung verbreitete Euphorie nicht teilen können.

Am Mittwoch hat Bundesminister Stolpe viele warme Worte zum Stand der deutschen Einheit und zur wirtschaftlichen Entwicklung im Osten gesagt; die Bundesregierung hat gar die wirtschaftliche Wende entdecken wollen. Das Konjunkturbarometer des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle spricht jedoch eine andere Sprache. Die Wirtschaft in Ostdeutschland hat im ersten Halbjahr mit der konjunkturellen Entwicklung im Westen Deutschlands und im Ausland nicht mithalten können. Der gravierende Unterschied zwischen den Kommunen in Ost und West bleibt. Die Steuereinnahmen ostdeutscher Kommunen erreichen im Vergleich mit denen westdeutscher Städte und Gemeinden nur ein Niveau von 30 Prozent.

(B) Aber auch die westdeutschen Kommunen leiden finanzielle Not. Es kann doch wohl nicht als Erfolg verrechnet werden, dass die kommunalen Investitionen im vergangenen Jahr weiter gefallen sind und um ein Drittel unter dem Stand des Jahres 1992 lagen. Ganz im Gegensatz zu den gesunkenen Investitionen sind die Sozialausgaben in den Kommunen dramatisch gestiegen. Ich nehme noch einmal das Jahr 1992 als Bezugspunkt, obwohl ein Redner neulich gesagt hat, dass man mit dem Nennen jeder neuen Zahl ein Drittel seiner Zuhörer verliert:

(Lachen des Abg. Dr. Andreas Pinkwart  
[FDP])

Im Jahr 2004 werden die Sozialausgaben der Kommunen um 45 Prozent über dem Niveau von 1992 liegen. Es gibt also eine totale Schieflage.

Ich glaube, es ist eine gefährliche Illusion, zu glauben – das wird verbreitet –, dass im Ergebnis von Hartz IV die Kommunen entlastet werden. Das Gegenteil wird der Fall sein.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Auch deshalb gehört Hartz IV grundlegend korrigiert. Die Folgekosten von Hartz IV werden die Kommunen empfindlich belasten.

Wenn jetzt der Anstieg der Einnahmen aus der Gewerbesteuer im letzten halben Jahr als Erfolg gefeiert wird, halte ich das für kurzsichtig. Dem stellvertretenden Geschäftsführer des Sächsischen Städte- und Gemeindetages ist zuzustimmen, wenn er sagt: „Kassensturz wird erst zum Jahresende gemacht.“

Wir, die PDS, sind der Auffassung, dass die strukturelle Schieflage der kommunalen Finanzausstattung dauerhaft und nachhaltig überwunden werden muss.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

Wir fordern eine Reform der Kommunalfinanzen, die diesen Namen auch wirklich verdient. Wir wollen, dass die Kommunen Planungssicherheit haben.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sehr gut!)

Die Ergebnisse der Landtagswahlen am letzten Wochenende sind heftig und kontrovers diskutiert worden. Wie eingangs schon zitiert, liefen Wahlverlierer in Siegerlaune umher. Ich finde, die geringe Wahlbeteiligung ist eine Niederlage für die demokratischen Parteien. Gerade die Wahlenthaltung in kleinen Kommunen zeigt, dass viele Menschen von der Politik dort nichts mehr erwarten. Wenn die Kommunen vor Ort zu wenig Geld haben, um zu investieren und das Leben vor Ort lebenswert zu gestalten, ist das auch eine Gefahr für die Demokratie.

Stabile und gesicherte Kommunalfinanzen sind eine Frage der Demokratie. Ein halbes Jahr mit leicht steigender Tendenz bei den Gewerbesteuererträgen reicht da nicht aus.

Vielen Dank.

(Beifall der Abg. Petra Pau [fraktionslos])

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Als letzte Rednerin in dieser Aktuellen Stunde hat die Kollegin Bettina Hagedorn von der SPD-Fraktion das Wort.

**Bettina Hagedorn** (SPD):

Ich Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Es ist immer wieder erstaunlich, dass in diesem Haus selbst hervorragende Botschaften von Ihnen so schlecht geredet werden.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU/  
CSU)

Das lassen wir Ihnen wirklich nicht durchgehen. Dazu braucht man auch keine rosarote Brille.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Eine orange  
Brille, würde ich sagen!)

Ich selbst bin bis vor anderthalb Jahren 20 Jahre lang Kommunalpolitikerin, Bürgermeisterin und Amtsvorsterin gewesen; Herr Kollege Kampeter, Sie wissen das.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Das habe ich  
oft genug von Ihnen gehört, Frau Kollegin!  
Die wissen schon, warum sie Sie weggeschickt  
haben!)

Insofern betrachte ich die Kommunalfinanzen mit großem Interesse. Ich weiß, dass es im Hinblick auf die Kommunalfinanzen grundsätzlich noch keine Entwarnung gibt.

(Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Sehr gut! Ganz  
richtig!)

Bettina Hagedorn

- (A) Aber da gleich mehrere Ihrer Redner fälschlicherweise gesagt haben, dass die Gewerbesteuerumlagesenkung irgendetwas mit der jetzigen Botschaft von den guten Zahlen zu tun habe, müssen wir wirklich an Ihrem finanzpolitischen Sachverstand zweifeln.
- (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)
- Vor diesem Hintergrund möchte ich Ihnen sagen, dass es natürlich unbestritten ist – dies wird in einem Artikel im „Handelsblatt“ vom 16. September dieses Jahres bestätigt –, dass die konjunkturelle Entwicklung der eigentliche Faktor für die jetzt positiven Zahlen ist.
- (Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das wird Ihnen der Finanzminister aber nicht bestätigen können!)
- Im Zusammenhang mit der Gemeindefinanzreform, die wir gemeinsam im Vermittlungsausschuss beschlossen haben, zeitigt die Mindestgewinnbesteuerung, die der Kollege Merz vorhin als eine zusätzliche Steuererhöhung gegeißelt hat, jetzt bei den Kommunen erste Erfolge.
- (Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Das liegt doch an der Steuererhöhung und nicht an der Konjunktur!)
- Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie sollten sich schon entscheiden: Auf der einen Seite kritisieren Sie öffentlich vor Mikrofonen – ich muss Sie daran erinnern –, dass ein Großunternehmen wie Vodafone versucht, die Verluste aus den Vorjahren mit dem Gewinn zu verrechnen. Auf der anderen Seite geißeln Sie unsere Mindestgewinnbesteuerung als eine Steuererhöhung. Sie sollten sich überlegen, wie Sie das den Bürgerinnen und Bürgern erklären wollen.
- (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)
- Darüber hinaus ist es völlig unbestritten, dass sich neben den Einnahmen aus der Mindestgewinnbesteuerung und den Auswirkungen der positiven Konjunktur die Senkung der Gewerbesteuerumlage bis zum Jahresende bei den Kommunen positiv bemerkbar machen wird. Dabei ist mit 2,5 Milliarden Euro zu rechnen.
- (Dr. Andreas Pinkwart [FDP]: Das hätten wir schon voriges Jahr haben können!)
- Es hätte natürlich aus unserer Sicht noch viel besser kommen können; an uns hat es aber nicht gelegen. Wenn man in die Gewerbesteuerreform, so wie wir sie gewollt hätten, zusätzlich die Freiberufler einbezogen und man die Bemessungsgrundlage verbreitert hätte, dann wären gerade in Kommunen in strukturschwächeren Regionen mehr Gelder angekommen.
- (Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Das waren doch Papiergewinne! Sie hätten Arbeitsplätze vernichtet!)
- Ich möchte aber Ihren geschätzten Blick ein bisschen darauf richten, dass für das kommende Jahr unter anderem im Zusammenhang mit Hartz IV eine zusätzliche
- Verbesserung der Kommunalfinanzen ansteht. Die Staatssekretärin hat die entsprechenden Summen genannt; sie werden in der Summe bei mehr als 6,5 Milliarden Euro liegen.
- (Heinz Seiffert [CDU/CSU]: Und ihr glaubt das alles? – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sozialdemokratische Finanzpolitik ist Luftbuchungspolitik!)
- Ein entscheidender Punkt ist: Was machen die Kommunen jetzt mit diesem Geld? Wenn sie nämlich auf Sie hören, die Sie unseren Standort weiter schlechtmachen,
- (Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)
- dann wird dieses Geld in erster Linie – dies ist von Ihrer Seite bereits angekündigt worden – zur Entschuldung der Kommunen genutzt.
- (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Gemeinderat, sage ich da nur! – Jochen-Konrad Fromme [CDU/CSU]: Das ist doch vernünftig!)
- Nein, das ist völlig unvernünftig. Es ist nämlich nicht so, dass wir als Bund in unsere Tasche greifen, damit die Kommunen dann letzten Endes eine Entschuldungspolitik betreiben. Nein, das Geld wird für öffentliche Aufträge vor Ort bzw. zur Ankurbelung der Wirtschaft gebraucht.
- (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Erst wegnehmen und dann wiedergeben ist keine Wohltat!)
- Es wird, Herr Kampeter, wenn ich mir diese Bemerkung erlauben darf, vor allen Dingen zur Verbesserung von Bildung und Betreuung in den Kommunen gebraucht; da ist sich Rot-Grün mit der Wirtschaft vollkommen einig.
- (Beifall bei der SPD – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Da geht es wohl mehr um Suppenküchen und nicht um Qualitätsbetreuung!)
- Auch da hören wir schon, dass die Kommunen die feste Vereinbarung, die es hier gegeben hat, nämlich von den 2,5 Milliarden Euro, die im Zusammenhang mit Hartz IV bei den Kommunen verbleiben werden, 1,5 Milliarden Euro insbesondere in die Betreuung der unter Dreijährigen zu investieren, nicht einhalten wollen. Für dieses Programm haben wir in Deutschland nicht nur die Unterstützung der Wirtschaft, sondern auch führender gesellschaftlicher Kräfte und im Übrigen auch die Unterstützung vieler Frauen aus Ihren Reihen.
- (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Herr Präsident, was macht die Uhr?)
- Nun bringen wir in diesem Zusammenhang einen Gesetzentwurf in den Bundestag ein. Frau Gönner aus Baden-Württemberg hat ja schon angekündigt, das Gesetz nicht in Kraft treten lassen zu wollen.
- (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Mit guten Gründen!)
- Dazu muss ich Ihnen sagen: Damit stellen Sie sich ein Armutszeugnis aus.
- (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Bettina Hagedorn**

- (A) Von den über 6 Milliarden Euro, mit denen die Kommunen ab dem kommenden Jahr durch die Kombination von Gewerbesteuerreform, Hartz IV und anderen Gesetzen besser gestellt werden

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die Zahlen sind wahrscheinlich so falsch wie Ihr Haushalt!)

– ich kann Ihnen die Zahlen einmal in Ruhe darlegen, Herr Kampeter –, sollen 1,5 Milliarden Euro für die Betreuung der unter Dreijährigen bereitgestellt werden. Wir streben nach dem Gesetz 230 000 zusätzliche Betreuungsplätze bis zum Jahr 2010 an, 60 000 im nächsten Jahr und durchschnittlich 34 000 in den Folgejahren. Die Kommunen sind frei in der Gestaltung, in welchem Umfang sie diese Plätze pro Jahr bereitstellen werden.

Der entscheidende Punkt ist, dass wir bei der Schaffung der 230 000 zusätzlichen Plätze auf die Finanzsituation der Kommunen Rücksicht genommen haben.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Frau Kollegin Hagedorn!

**Bettina Hagedorn (SPD):**

Wenn im nächsten Jahr 400 Millionen Euro investiert werden, verbleiben noch 1,1 Milliarden Euro –

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

- (B) Sie haben Ihre Redezeit weit überschritten. Ich muss leider intervenieren.

**Bettina Hagedorn (SPD):**

– bei den Kommunen, um die Erfüllung öffentlicher Aufträge zu gewährleisten bzw. um im Rahmen der Ganztagsbetreuung – wir haben 4 Milliarden Euro für bessere Bildung und Betreuung zur Verfügung gestellt – ergänzend tätig zu werden.

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Vielen Dank, Frau Kollegin.

**Bettina Hagedorn (SPD):**

Ich appelliere an die Kommunen, das Geld in die Hand zu nehmen –,

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Vielen Dank!

**Bettina Hagedorn (SPD):**

und zwar zugunsten der Familien.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:**

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 5 auf:

Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung (17. Ausschuss)

- zu dem Antrag der Abgeordneten Swen Schulz (Spandau), Jörg Tauss, Doris Barmett, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Peter Hettlich, Volker Beck (Köln), Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

#### **Deutsche und europäische Raumfahrtpolitik zukunftsorientiert gestalten**

- zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Georg Nüßlein, Katherina Reiche, Thomas Rachel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU

#### **Stärkung der wissenschaftlichen Zukunfts- und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit des Raumfahrtstandorts Deutschland in Europa**

- zu dem Antrag der Abgeordneten Cornelia Pieper, Ulrike Flach, Christoph Hartmann (Homburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

#### **Stärkung der europäischen Raumfahrtpolitik – Gewinn für den Wirtschafts- und Forschungsstandort Deutschland**

- zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung (D)

#### **Weißbuch**

#### **Die Raumfahrt: Europäische Horizonte einer erweiterten Union**

#### **Aktionsplan für die Durchführung der europäischen Raumfahrtpolitik**

KOM (2003) 673 endg.; Ratsdok. 14886/03

- Drucksachen 15/2394, 15/2334, 15/1230, 15/2373 Nr. 2.2, 15/3539 –

Berichterstattung:

Abgeordnete Ulrike Flach

Swen Schulz (Spandau)

Dr. Georg Nüßlein

Peter Hettlich

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Stunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner dem Kollegen Swen Schulz von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**Swen Schulz (Spandau) (SPD):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Heute möchte ich mich als Hellseher betätigen. Ich sage voraus, was die